

Medienmitteilung

Thema	Gewalt an Demonstrationen hat in Bern keinen Platz
Für Rückfragen	Michael Hoekstra, Präsident Grünliberale Stadt Bern; 077 473 79 74 michael.hoekstra@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern bern@grunliberale.ch, www.bern.grunliberale.ch
Datum	13.10.2025

Die Grünliberalen der Stadt Bern verurteilen die schweren Ausschreitungen vom vergangenen Samstag in der Berner Innenstadt aufs Schärfste. Was als unbewilligte, aber zunächst friedliche Kundgebung begann, endete in massiver Gewalt, mehreren Verletzten und erheblichem Sachschaden. Für die glp Stadt Bern ist klar: Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration ist zentral – Gewalt und Zerstörung jedoch sind in einer demokratischen Gesellschaft inakzeptabel.

Demonstrieren – ja. Aber nicht so. Die Demonstration stand von Beginn an unter schwierigen Vorzeichen. Da sich die Organisator:innen trotz Kontaktaufnahme seitens der Stadt nicht zu erkennen gaben, blieb die Veranstaltung unbewilligt. Im Verlauf der Demonstration nutzten gewaltfanatische Gruppierungen die friedlichen Absichten der grossen Mehrheit aus und wüteten mit blinder Zerstörungswut. Diese Ausschreitungen haben nicht nur erheblichen Schaden verursacht, sondern auch das Vertrauen in die Anliegen der Friedensbewegung massiv geschwächt und ihre eigentliche Botschaft – das Leid in Gaza – komplett in den Hintergrund gedrängt.

Die Grünliberalen betonen, dass Gewaltextremismus jeglicher Couleur – ob von links, rechts oder religiös motiviert – eine ernsthafte Bedrohung für die offene, demokratische Debatte darstellt. Solche Taten schwächen das Vertrauen in Institutionen, gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergraben den Respekt vor Andersdenkenden.

Die glp Bern ruft alle politischen Kräfte auf, sich klar und gemeinsam von jeglicher Form politischer Gewalt zu distanzieren. Das bisherige Schweigen der rot-grünen Mehrheit ist befremdlich. In Bern darf es keinen Platz für Extremismus, Hass oder Gewalt geben, auch nicht unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit. Die öffentliche Debatte soll sich darauf konzentrieren, wie die demokratischen Strukturen gestärkt und die Grundrechte aller gewahrt werden können.

Die glp Bern unterstützt die Haltung der Stadt, bei Demonstrationen weiterhin auf Deeskalation zu setzen, erwartet jedoch eine sorgfältige Analyse der Ereignisse. Entscheidend bleibt aber, dass alle Beteiligten das gemeinsame Ziel verfolgen, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und die demokratische Kultur zu schützen.